

Pressemitteilung: Ein CO₂-Preis reicht im Gebäudesektor nicht aus

Um langfristig CO₂-Emissionen zu reduzieren, braucht es neben einer CO₂-Bepreisung gezielte Förderprogramme und steuerliche Abschreibungen. EWI und FiFo berechnen für Beispielhaushalte moderate Mehrkosten durch einen CO₂-Preis.

Köln, 18. September 2019. Eine CO₂-Bepreisung setzt Anreize für Investitionen in klimafreundliche Heiztechnologien und energetische Sanierung. Doch eine Abgabe für Treibhausgase oder ein Emissionshandel allein werden kaum ausreichen, um diese wirtschaftlich attraktiv zu gestalten. Zusätzliche politische Instrumente sind nötig, um den Besonderheiten des Gebäudesektors gerecht zu werden. Das sind die zentralen Ergebnisse einer Studie, die das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) und das Finanzwissenschaftliche Institut an der Universität zu Köln (FiFo) gemeinsam im Auftrag des Zentralen Immobilien Ausschusses e.V. (ZIA) erstellt haben.

„Um die Klimaziele 2030 noch zu erreichen, brauchen wir dringend einen CO₂-Preis im Gebäude- und im Verkehrssektor“, sagt Max Gierkink, Manager am EWI. Immerhin entstünden rund 15 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor, vor allem für Heizung und warmes Wasser. „Ob dieser Preis aus einer Abgabe oder einem Emissionshandel resultiert, ist zweitrangig. Beide vermitteln die benötigten Preissignale. Langfristig ist es sinnvoll, eine sektorübergreifende und einheitliche Bepreisung von CO₂-Emissionen innerhalb der EU anzustreben. Mit Blick auf das ehrgeizige Klimaziel 2030 ist es allerdings oberstes Gebot, eine schnell implementierbare Lösung zu finden“, so Gierkink.

Kosten durch CO₂-Preis für Haushalte moderat

Die Ökonominnen und Ökonomen haben in der Studie berechnet, wie eine mögliche CO₂-Bepreisung auf beispielhaft ausgewählte Wohn- und Gewerbeimmobilien wirkt. Dazu untersuchten sie ein Szenario mit einem zusätzlichen CO₂-Preis von 45 Euro pro Tonne auf fossile Energieträger. Dieser Preis steigt dann bis 2040 um 10 Euro pro Jahr. Im Gegenzug wird die Stromsteuer von 2,05 ct/kWh auf das europäische Mindestniveau von 0,1 ct/kWh gesenkt.

Die Belastungen der Beispielhaushalte sind trotz des steigenden CO₂-Preises relativ moderat. So ergeben sich für einen Zwei-Personen-Haushalt in einem mittelalten Mehrfamilienhaus mit Gasheizung im Jahr 2030 Mehrkosten von 44 Euro pro Jahr, für eine dreiköpfige Familie in einem neuen Einfamilienhaus mit neuer Gasheizung 82 Euro pro Jahr. Eine dreiköpfige Familie in einem alten Einfamilienhaus mit veralteter Ölheizung muss hingegen ohne Klimabonus 532 Euro pro Jahr mehr zahlen. Berücksichtigt man, dass die einkommensschwächsten 40 Prozent der Bevölkerung nach Schweizer Vorbild einen Klimabonus in Höhe von 100 Euro erhalten könnten, profitieren manche Haushalte sogar.

Contracting-Modelle und „smarte Warmmieten“

Das Gutachten von EWI und FiFo zeigt auch, dass sich Investitionen in neue Heizungen und energetische Sanierung trotz des CO₂-Preises nicht immer lohnen. Nur bei der Hälfte der untersuchten Gebäude reichen die höheren Energiepreise zusammen mit bestehenden KfW-Zuschüssen aus, damit sich energetische Sanierungen auch wirtschaftlich rechnen.

„CO₂-Bepreisung bietet eine gute Grundlage, auf der weitere Instrumente aufbauen müssen“, sagt Dr. Michael Thöne, Geschäftsführender Vorstand des FiFo. „Ohne breitenwirksame Förderprogramme und erhöhte steuerliche Abschreibungen können wir die Klimaschutzziele im Gebäudesektor nicht erreichen. Auch mit wird es noch schwer genug sein.“

Im Gutachten wird untersucht, welche ergänzenden Instrumente geeignet wären, auch in schwierigen Konstellationen energetische Sanierungen umzusetzen. Eine wichtige Gruppe sind ältere Menschen in energetisch ineffizienten Immobilien, die mit konventionellen Maßnahmen wie günstigen Krediten häufig nicht erreicht werden. Auch für die 55 Prozent der Wohnimmobilien, die vermietet sind, werden neue Modelle benötigt, damit die Menschen von einer CO₂-Bepreisung nicht übermäßig stark betroffen sind. Die Studie prüft und verwirft Vorschläge wie „ökologische Mietspiegel“ oder konventionelle Warmmieten nach schwedischem Vorbild. Stattdessen bieten weiterentwickelte Contracting-Modelle und „smarte Warmmieten“ Ansatzpunkte, um den Klimaschutz bei Mietimmobilien voranzubringen und den Subventionsaufwand im Rahmen zu halten.

Die Studie „CO₂-Bepreisung im Gebäudesektor und notwendige Zusatzinstrumente“ ist unter <https://www.ewi.uni-koeln.de/de/news/ein-co2-preis-reicht-im-gebaeudesektor-nicht-aus/> verfügbar.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Hanna Decker

Referentin Kommunikation

Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI)

Vogelsanger Str. 321a

50827 Köln

Tel.: +49 (0) 221 277 29-230

hanna.decker@ewi.uni-koeln.de

Über das EWI:

Das EWI ist eine gemeinnützige GmbH, die sich der anwendungsnahen Forschung in der Energieökonomik widmet und Forschungs- und Beratungsprojekte für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durchführt. Mit einem Team von circa 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und auf Basis moderner ökonomischer Methoden untersucht das EWI Fragestellungen u. a. zu den deutschen und europäischen Märkten für Strom und Gas, zur Regulierung, zum Marktdesign, zur dezentralen Energieversorgung sowie zur Minderung von Treibhausgasen.

Über das FiFo:

Das 1927 gegründete Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln ist das drittälteste wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut in Deutschland und das einzige mit Spezialisierung auf die umsetzungsnahe Forschung zu den öffentlichen Finanzen aller föderalen Ebenen von der Kommune bis zur EU. Seit rund 40 Jahren arbeitet das gemeinnützige, rein drittmittelfinanzierte Institut auch intensiv zu umweltökonomischen Fragen. Das wissenschaftliche Team des FiFo umfasst derzeit sechs Forscherinnen und Forscher.